

Dresdner Volkszeitung

Postkonton: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das **werktätige Volk**

Verkaufspreis: 10 Pf. Einzelhefte: 10 Pf.
Abonnementspreis: 300 Pf. (6 Monate)
Abonnementspreis: 500 Pf. (1 Jahr)

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt des Eisens am 1. Juli 1931, ist es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalt, bei der Begehung der Dresdner Volkszeitung kein Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Verkaufspreis: 10 Pf. Einzelhefte: 10 Pf.
Abonnementspreis: 300 Pf. (6 Monate)
Abonnementspreis: 500 Pf. (1 Jahr)

Verkaufspreis: 10 Pf. Einzelhefte: 10 Pf.
Abonnementspreis: 300 Pf. (6 Monate)
Abonnementspreis: 500 Pf. (1 Jahr)

Verkaufspreis: 10 Pf. Einzelhefte: 10 Pf.
Abonnementspreis: 300 Pf. (6 Monate)
Abonnementspreis: 500 Pf. (1 Jahr)

Nr. 160

Dresden, Montag, den 13. Juli 1931

42. Jahrgang

Danabank zusammengebrochen Aufruf der Reichsregierung

Wth. Berlin, 13. Juli. Der Hoover-Plan hat der Finanzwirtschaft des Deutschen Reiches eine starke Unterstützung verschafft. Eine große Geldsumme, auf deren Weiterzahlung das Reich Anspruch hatte, konnte den Banken zurückerstattet werden. Für die private Wirtschaft aber haben die Wochen, in denen um diesen Plan gerungen wurde, erheblichen Schaden angerichtet. In die Milliarden gehende Summen, die vom Ausland kurzfristig nach Deutschland geholt waren, sind angesichts der Unsicherheit der Lage zurückgezogen worden. Auch heute ist volle Veruhigung noch nicht anzutreten. Wenn auch das Ziel sein muß, daß die deutsche Wirtschaft wieder dahin kommt, mit eigenen Mitteln zu arbeiten, so ist es doch jetzt notwendig, wenn nicht schwerste Zustände eintreten sollen, daß weitere Abzüge unterbleiben. Die Forderungen der Reichsbank und der Goldbank sind darauf gerichtet, möglichst langfristige Kredite des Auslandes zu erlangen, um der drückenden Wirtschaft zu helfen deren Notstände zu überwinden. In allen Bemühungen ist im Verlaufe dieser Vorgänge eine der größten Bankinstitute, die Darmstädter und

Nationalbank, bankrott geworden. Die Reichsregierung erachtet es für ihre Pflicht, und der Reichspräsident hat hierzu die notwendigen Vollmachten erteilt, den großen Gefahren, die aus dieser Aliiquidität drohen, zu begegnen. Es handelt sich nicht darum, das Vermögen der Bank zu retten, sondern es handelt sich darum, den Hunderttausenden von Kunden der Bank ihren Besitz zu erhalten und damit ihre Unternehmungen vor der Betriebseinstellung oder gar vor dem Untergang zu retten. Nur aus diesen Gesichtspunkten wird das Reich für etwaige Ausfälle, die eintreten können, aufkommen. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die Geschäfte der Bank von Treuhändern der Reichsregierung überwacht werden. Jegliche Unregelmäßigkeiten, die mit den Gesetzen im Widerspruch stehen, sind nicht schlagfertig. Es kommt darauf an, daß das deutsche Volk in dieser schweren Lage die Notwendigkeit und nicht durch mangelndes Selbstvertrauen die Schwierigkeiten vermehrt. Berlin, 13. Juli 1931.
Die Reichsregierung

Die Verderber Deutschlands Kapitalistische Katastrophopolitiker wollen den Bankrott des Reichs

Trotz der Hoover-Aktion hat sich die Finanzlage in Deutschland in der letzten Woche von Tag zu Tag verschärft. Die Folgen der Verschärfung waren einlaß Krodis, die nunmehr auch den Bankrott der Danabank nach sich gezogen haben. Man fragt sich, wieviel Geld Deutschland braucht, um über den allgemeinen Bankrott weiter hinwegzukommen. Vor der Hoover-Aktion handelte es sich um ein Defizit von zwei Milliarden Mark. Inzwischen sind Devisenabflüsse und Kapitalabwanderungen eingetreten, die die Reichsbank in Gefahr brachten. Die Summen, die Deutschland zur Sanierung braucht, sind infolgedessen fortgesetzt gewachsen. Der Vorwärts schreibt zu dieser Situation: Notverordnung und Hoover-Plan zusammen vermindern die Ausgaben des Reiches im laufenden Jahr um mindestens drei Milliarden Mark. Das Gleichgewicht im Reichshaushalt muß damit nach menschlichem Ermessen sichergestellt sein. Und doch werden noch Beträge von vielen hundert Millionen, ja von Milliarden genannt, die benötigt werden sollen, um einer Verschärfung der Krise zur Katastrophe vorzubeugen! In der Tat hätten Notverordnung und Hoover-Plan vollständig genügt, um für das laufende Jahr einigermaßen Ordnung zu schaffen, wenn nicht von der privatwirtschaftlichen Seite her neue Störungen schwerer Art eingetreten wären. Bei dem Anleihenbedarf, dessen Deckung der Reichsbankpräsident jetzt sucht, handelt es sich nicht darum, ein Loch im Reichshaushalt zu stopfen. Es handelt sich vielmehr darum, Ersatz für das Kapital zu schaffen, das in den letzten Wochen aus Deutschland davongelaufen ist und dessen Verschwinden für die deutsche Wirtschaft eine Lebensgefahr bedeutet. Wenn man den Störungen genauer nachgehen könnte, mit denen von privatwirtschaftlicher Seite die Sanierungsmaßnahmen der Reichsregierung durchkreuzt wurden, so würde das zu interessanten Ergebnissen führen. Es würde sich dann zeigen, daß gewisse — nicht mehr unbekannte — kapitalistische Verderber Deutschlands auch hier wieder am Werke waren und noch am Werke sind. Von Männern, die mitten im Wirtschaftsleben stehen, gingen uns vor einiger Zeit Informationen zu, wonach breite kapitalistische Kreise in Deutschland mit dem Bankrott des Reiches geradezu spielen und ihn durch gezielte Finanzmanöver herbeizuführen suchen. Nun mag das eine zu einfache Auffassung sein, denn sowohl die wirtschaftlichen wie die politischen Interessen sind auch im kapitalistischen Lager nicht völlig unter einen Hut zu bringen; ein beträchtlicher Teil des deutschen Kapitalismus hat von einem Staatsbankrott wirtschaftlich wenig zu erhoffen und alles zu befürchten. Nicht alle kapitalistischen Kreise sind bereit, für die Vorteile einer kapitalistischen Diktaturregierung die Nachteile unzähliger Bankrotte und den Ruin zahlreicher mittelkapitalistischer Existenzen einzutauschen. Aber richtig bleibt, daß ein Teil kapitalistischer Politiker, die in Industriellenkreisen zu suchen sind, vor und hinter den Kulissen die Schwierigkeiten hat vorbereiten helfen, unter denen gegenwärtig mit den Staatsfinanzen auch die deutsche Wirtschaft kämpft. Von französischer Seite wurde ganz richtig darauf hingewiesen, daß die fortgesetzten Devisenabflüsse bei der Reichsbank nicht nur auf das Konto des Auslandes zu setzen sind. Vor einiger Zeit hat Herr Wittke, der Sun-

Das Reich leistet den Einlegern Garantie

D. Berlin, 13. Juli. (Fig. Bank.) Amtlich wird mitgeteilt: Die Darmstädter und Nationalbank hat mitgeteilt, daß sie genötigt sei, ihre Filialen am Montag geschlossen zu halten. Die Reichsregierung hat die Danabank zu folgender Erklärung ermahnt: "Die Reichsregierung wird auf Grund einer im Laufe des heutigen Tages ergehenden Notverordnung des Reichspräsidenten durch volle Garantieleistung für alle Einlagen für eine ruhige Abwicklung der Geschäfte der Danabank Sorge tragen."

In- und Ausland erschienen entsprechende Meldungen. Es begann ein Sturm der großen Einleger auf die Kasse der Danat, so daß die Liquidität der Bank schon zu Beginn der vergangenen Woche stündlich mehr in Frage gestellt wurde. Trotzdem hoffte man bis in die letzten Tage hinein, ja noch bis zum Sonntag nachmittag, die Bank durch eine großzügige Hilfsaktion der deutschen Hochfinanz und andere Maßnahmen retten zu können. Aber ein Unglück kommt nie allein. Der Zusammenbruch des Nordwolle-Konzerns, der Fovag, der Kunstseide und anderer Unternehmungen hat in der Zwischenzeit geradezu ungeheuerliche Wirkungen auf dem Geldmarkt gehabt, hat zahlreiche andere, ehemals gut fundierte Unternehmungen mit ins Wanken gebracht. So daß die anfänglich beabsichtigte Hilfsaktion für die Danat eher zu einer Gefahr für die hilfsbereiten großen Bankinstitute, statt zu einer Hilfe für die Danat geworden wäre.

Wenn man den Störungen genauer nachgehen könnte, mit denen von privatwirtschaftlicher Seite die Sanierungsmaßnahmen der Reichsregierung durchkreuzt wurden, so würde das zu interessanten Ergebnissen führen. Es würde sich dann zeigen, daß gewisse — nicht mehr unbekannte — kapitalistische Verderber Deutschlands auch hier wieder am Werke waren und noch am Werke sind. Von Männern, die mitten im Wirtschaftsleben stehen, gingen uns vor einiger Zeit Informationen zu, wonach breite kapitalistische Kreise in Deutschland mit dem Bankrott des Reiches geradezu spielen und ihn durch gezielte Finanzmanöver herbeizuführen suchen. Nun mag das eine zu einfache Auffassung sein, denn sowohl die wirtschaftlichen wie die politischen Interessen sind auch im kapitalistischen Lager nicht völlig unter einen Hut zu bringen; ein beträchtlicher Teil des deutschen Kapitalismus hat von einem Staatsbankrott wirtschaftlich wenig zu erhoffen und alles zu befürchten. Nicht alle kapitalistischen Kreise sind bereit, für die Vorteile einer kapitalistischen Diktaturregierung die Nachteile unzähliger Bankrotte und den Ruin zahlreicher mittelkapitalistischer Existenzen einzutauschen. Aber richtig bleibt, daß ein Teil kapitalistischer Politiker, die in Industriellenkreisen zu suchen sind, vor und hinter den Kulissen die Schwierigkeiten hat vorbereiten helfen, unter denen gegenwärtig mit den Staatsfinanzen auch die deutsche Wirtschaft kämpft. Von französischer Seite wurde ganz richtig darauf hingewiesen, daß die fortgesetzten Devisenabflüsse bei der Reichsbank nicht nur auf das Konto des Auslandes zu setzen sind. Vor einiger Zeit hat Herr Wittke, der Sun-

Auszahlungsbeschränkungen der deutschen Banken und Sparkassen

CNB. Berlin, 13. Juli. (Fig. Melb.) Da die Reichsbank infolge der Kreditrestriktion nicht in der Lage ist, die legitimen Ansprüche der Banken zu befriedigen, ferner im Hinblick auf den Zusammenbruch der Danabank haben sich die übrigen Banken zu einer Rationalisierung der Auszahlungen entschlossen. Eine entscheidende Verständigung zwischen Reichsbank, Privatbanken und Sparkassen ist bereits erzielt worden, so daß von heute an die Auszahlungen nicht mehr im vollen Umfang vorgenommen werden.

Finanzlage Deutschlands und die Frage sein, wie der schwierigen Situation des Reiches abgeholfen werden kann.

Nicht nur, um uns zu retten, sondern um schließlich das Geld unserer Gläubiger, wenn auch für fernere Zeit, zu sichern. So bleibt uns — bei allem Optimismus — zur Zeit immer noch ein Hoffnungsgebiet, aber auch er kann sich nur erfüllen, wenn es uns gelingt, diese schweren Tage in Ruhe und Ordnung zu überstehen. Schon hören wir, wie Nazis und Eugenberg-Trabanten über die neueste Erschlüpfung unseres Wirtschaftsorgani-

mindestens ebensoviel Schuld wie die sogenannten Führer der Wirtschaft,

die einen durch ihre ewige Bürgerkriegsbegehr, ihre Parademärsche und Regimentsfeiern, wie wir sie erst am Sonntag wieder in Dresden erlebten, die anderen durch ihre Verantwortungslosigkeit, ihre Spekulationen und ihren Egoismus. Erst wenn Deutschland seine Verderber im Innern überwunden hat, wird es, wenn auch langsam, wieder gefunden. (Weitere Nachrichten siehe Seite 2)

Wäre es...
fragen...
liegen...
halb...
bezu...
teins...
liege...
egen...
kände...
man...
die...
sehen...
ga...
und...
große...
erginn...
ber...
einen...
die...
Danz...
Schwe...
zeitig...
ent...
mal...
de...
Maria...
lieb...
flanz...
liegenden...
der...
aus...
den...
Theater...
phän...
erit...
eig...
müß...
begeg...
die...
Eritau...
lung...
der...
Geb...
hen...
ein...
par...
Die...
so...
Mun...
hat...
oren...
mit...
Dres...
föhrung...
Böhme...
ve...
Die...
Dien...
er...
P. B.

Wäre es...
fragen...
liegen...
halb...
bezu...
teins...
liege...
egen...
kände...
man...
die...
sehen...
ga...
und...
große...
erginn...
ber...
einen...
die...
Danz...
Schwe...
zeitig...
ent...
mal...
de...
Maria...
lieb...
flanz...
liegenden...
der...
aus...
den...
Theater...
phän...
erit...
eig...
müß...
begeg...
die...
Eritau...
lung...
der...
Geb...
hen...
ein...
par...
Die...
so...
Mun...
hat...
oren...
mit...
Dres...
föhrung...
Böhme...
ve...
Die...
Dien...
er...
P. B.